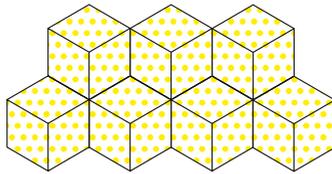


Antimuslimischer Populismus

Rechter Rassismus in neuem Gewand



BAUSTEIN 7

INHALT

EINLEITUNG

1. ANTIMUSLIMISCHER POPULISMUS –
MERKMALE UND ERKLÄRUNGSANSÄTZE
 - 1.1 BEGRIFFSBESTIMMUNG
 - 1.2 ANTIMUSLIMISCHER RASSISMUS
 - 1.3 WARUM DAS FEINDBILD MUSLIME?

2. ENTWICKLUNG DER ANTIMUSLIMISCHEN ORGANISATIONEN
 - 2.1 DIE RECHTSAUSSENPARTEIEN IN EUROPA
 - 2.2 DAS DEUTSCHE RECHTSAUSSENSPEKTRUM
 - 2.3 ANTIMUSLIMISCHE INTERNATIONALE?

3. VOM RAND ZUR MITTE
 - 3.1 ISLAMKRITIK
 - 3.2 SPRACHE DES HASSES

4. SCHLUSSBEMERKUNGEN

ANHANG: SCHAUBILDER ZUR
GRUPPENBEZOGENEN MENSCHENFEINDLICHKEIT

Einleitung

Die Muslimfeindlichkeit hat seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 sowohl in Deutschland wie auch insgesamt in Europa massiv zugenommen. Dabei werden Ressentiments gegenüber Muslimen in öffentlichen Debatten undifferenziert vermengt mit der Angst vor der realen Gefahr, die von dem terroristischen islamistischen Fundamentalismus ausgeht. Aus populistischen Kampagnen gegen den Islam und gegen Muslime lässt sich deshalb auch politisch Kapital schlagen. Besonders für die europäischen Rechtsaußenparteien bietet sich das politische Schreckgespenst „Islamisierung“ als Chiffre für einen rassistischen Populismus geradezu an. Denn mit populistischen Kampagnen gegen Muslime lassen sich rassistische Weltanschauungen weit über den rechtsextremen Rand hinaus verbreiten. Hierbei werden völkisch-rassistische Stereotype auf die Ebenen der Kultur und der Religion übertragen: Der „Untergang des Abendlandes“ aufgrund einer angeblichen „kulturellen Landnahme“ durch die Muslime, die in Form einer „schleichenden Islamisierung“ stattfindet, wird dabei öffentlichkeitswirksam beschworen.

Ein solcher muslimfeindlicher Populismus gehört mittlerweile zu den zentralen Merkmalen rechter Propaganda und stellt ein länderübergreifendes Kampagnenthema des parteipolitischen Rechtsaußenspektrums dar. Auch in der bewegungsorientierten extremen Rechten haben sich mit Pegida oder der Identitären Bewegung rassistische Netzwerke entwickelt, die mit ihrem muslimfeindlichen Populismus

öffentliche Wirksamkeit entfaltet haben. In Deutschland hat sich die rechte Partei Alternative für Deutschland (AfD) zur stärksten Oppositionskraft im Deutschen Bundestag entwickelt, die ihren völkisch-autoritären Populismus mit exzessiver Muslimfeindlichkeit propagandistisch befeuert. Mit völkisch-autoritärem Populismus ist eine spezifische Ausdrucksform des Rechtspopulismus gemeint, die geprägt ist von einem völkischen Nationalismus und einem autoritären Staatsverständnis.¹

Wir haben es also mit der zunehmenden Verschmelzung zweier politischer Phänomene zu tun – dem rechten Populismus und dem antimuslimischen Rassismus. Dabei erfährt der Rechtspopulismus in Deutschland und Europa seine Anziehungskraft in steigendem Maße auch durch die Verbreitung antimuslimischer Ressentiments, die sich als propagandistisch breit anschlussfähig erweisen und gefährliche Ausmaße für das interkulturelle Zusammenleben angenommen haben. Die zentralen Merkmale und aktuellen Ausdrucksformen des antimuslimischen Populismus werden in den folgenden Kapiteln dargestellt und kritisch analysiert.²



1.

Antimuslimischer Populismus – Merkmale und Erklärungsansätze

Feindselige Einstellungen gegenüber dem Islam sind in Europa schon lange vor dem Auftauchen des rechten Populismus zu verzeichnen. Doch der antimuslimische Populismus stellt eine spezifische und gesellschaftlich breitenwirksame Ausdrucksform von Ansprache und Propaganda im politischen Rechtsaußenspektrum dar. Denn während islamfeindliche Ansichten schon zur Zeit der Kreuzzüge geäußert wurden, ist der Rechtspopulismus ein wesentlich jüngeres Phänomen in Europa: Größere Wahlerfolge verzeichneten rechtspopulistische Parteien in den 1970er Jahren zunächst in den skandinavischen Ländern. Seit dem Übergang ins 21. Jahrhundert hat sich der Rechtspopulismus in nahezu ganz Europa verbreitet und stellt in steigendem Maße eine Bedrohung für den demokratischen Zusammenhalt dar. Seit dieser Zeit erzielen rechtspopulistische Parteien zunehmend auch mit muslimfeindlichen Kampagnen starke politische Wirkmächtigkeit.

Im muslimfeindlichen (Rechts-)Populismus spiegeln sich gewissermaßen die Konflikte in den europäischen Einwanderungsgesellschaften im Hinblick auf den Umgang mit Globalisierung, Migration und mit sozialen Lebens- und Verteilungsverhältnissen wider. Verunsicherungen gegenüber abstrakten Wirtschafts- und Herrschaftsverhältnissen sowie gesellschaftlicher Pluralisierung werden von rechten Populisten instrumentalisiert für eine Politik der Feindbilder, in der neben Migrantinnen und Migranten allgemein speziell Muslime als ein zentrales Angriffsziel ausgewählt worden sind.

1.1

Begriffsbestimmung

Islamophobie, Islamfeindlichkeit und Muslimfeindlichkeit dienen als unterschiedliche Begriffe der Beschreibung feindseliger Haltungen gegenüber dem Islam als Religion und den Muslimen. International findet seit den 1990er Jahren der Begriff der Islamophobie häufig Verwendung.³ Ähnlich dem der Homophobie beschreibt er diskriminierende „negativ-stereotype Haltungen gegenüber dem Islam und seinen tatsächlichen oder mutmaßlichen Angehörigen“.⁴

Der Begriff der Islamophobie fand auch in der Einstellungsforschung in Deutschland Verwendung. So wurden bis 2009 bei den vom Bielefelder Institut für Konflikt- und Gewaltforschung von 2001 bis 2011 jährlich durchgeführten Befragungen zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit negative Einstellungen gegenüber dem Islam unter dem Begriff der Islamophobie erfasst. Ab 2010 wurde der Begriff zunächst durch den der Islamfeindlichkeit ausgetauscht, später der der Muslimfeindlichkeit verwendet. Dadurch wurde offensichtlich auch einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Islamophobie-Begriff Rechnung getragen. Hintergrund ist eine fachlich und öffentlich kontrovers geführte Debatte unter anderem über die Frage, inwieweit mit der Islamophobie zugleich legitime Religionskritik unterbunden werden soll. Als Beispiel hierfür können die wiederholt in den Menschenrechtsgremien der Vereinten Nationen eingebrachten Resolutionen der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) herangezogen werden, in denen oftmals eine inhaltlich

unzutreffende Vermengung von Religionskritik und Menschenrechtsverletzungen zum Ausdruck kommt.⁵ Kurzum: Religionskritik und auch Abwertung von religiösen Glaubensrichtungen beinhalten nicht zwangsläufig eine Diskriminierung von Menschen oder eine Verletzung von Menschenrechten. Da hierbei jedoch oftmals die Ablehnung der islamischen Religion pauschal mit der Feindschaft gegenüber Muslimen gleichgesetzt wird, weist der Begriff der Islamophobie eine fehlende Trennschärfe auf, wenn es darum gehen soll, speziell die Diskriminierung von Muslimen zu beschreiben.

Ähnlich verhält es sich mit dem Begriff der Islamfeindlichkeit. Denn von einer Angst vor einer Religion oder Feindseligkeit dieser gegenüber lässt sich nicht automatisch auf Feindseligkeit gegenüber entsprechenden Personengruppen schließen. Mit dem Begriff der Muslimfeindlichkeit wird hingegen nicht das Verhältnis zur Religion, sondern zu den dieser Religion anhängenden Menschen in den Mittelpunkt gerückt. Im Unterschied zu legitimer Kritik an Glaubensvorstellungen richtet sich die Muslimfeindlichkeit explizit gegen Menschen muslimischen Glaubens beziehungsweise gegen diejenigen, die dafür gehalten werden. Andreas Zick, Daniela Krause, Wilhelm Berghan und Beate Küpper definieren den Begriff als Teil des von ihnen untersuchten Syndroms der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit so: „Muslimfeindlichkeit bezeichnet eine generalisierende Abwertung von Menschen, weil sie Muslime sind, oder von Personen, die tatsächlich oder nur vermutet Muslime sind. Der hierbei mitschwingende Rassismus artikuliert sich insbesondere in Verweisen auf Kultur und Religion, oft vermittelt über eine Abwertung des Islams, die dann zur Rechtfertigung einer pauschalen Kritik von Muslimen dient. Ausgedrückt wird dies durch die Unterstellung von Bedrohungen durch ihre Zugehörigkeit

zum Islam (...). Insbesondere der Verweis auf fehlende Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern wird nicht selten undifferenziert der Religion insgesamt zugeschrieben, um dann als Legitimation für eine pauschalisierte Abwertung herangezogen zu werden. In dieser Argumentation findet sich der für Vorurteile typische doppelte Standard, der existierende Ungleichwertigkeitsvorstellungen in der eigenen Kultur und Religion ausblendet und der eigenen Kultur und Religion Veränderungspotenzial zubilligt, der von Muslimen jedoch nicht.“⁶

Einer solchen Muslimfeindlichkeit bedienen sich mittlerweile nahezu alle Rechtsaußenparteien in Europa – sie vertreten lautstark einen antimuslimischen Populismus. Die Bezeichnung „populistisch“ sagt allerdings noch nichts darüber aus, wo auf der Links-Rechts-Skala eine entsprechend bezeichnete Partei zu verordnen ist. Das heißt, sowohl klassisch rechtsextreme Parteien, wie der belgische Vlaams Belang, wie auch die nicht dem Rechtsextremismus entsprungene Partij voor de Vrijheid (Partei für die Freiheit) des niederländischen Muslimhassers Geert Wilders zählen zur rechtspopulistischen Parteienfamilie. Der Begriff des Populismus dient also zunächst zur Beschreibung einer spezifischen Form politischer Ansprache beziehungsweise der Propaganda.

Sowohl der linke wie auch der rechte Populismus sind gekennzeichnet durch eine „Anti-Establishment-Orientierung“.⁷ So kann der von allen populistischen Parteien konstruierte Gegensatz zwischen „Volk“ und „Elite“ als ihr zentrales Kennzeichen gedeutet werden.⁸ Im europäischen Populismus wird dann die „politische Klasse“ dafür angeprangert, die „nationalen Interessen“ an die vermeintlich „volksfeindliche“ Europäische Union verkauft zu haben.⁹ Während sich der linke Populismus jedoch paternalistisch ohne ethnisierende

Differenzierungen als angeblicher „Anwalt des Volkes“ gegen die „politische Klasse“ richtet, beinhaltet die Inanspruchnahme des Volkes im rechten Populismus eine ethnisch oder kulturell ausschließende Haltung: „Das Volk“ wird hier ethnisch beziehungsweise kulturell homogenisiert.

Rechtspopulismus kann laut der Politikwissenschaftlerin Karin Priester als „ideologische Kombinatorik“ begriffen werden, in der nationalistische und nativistische Haltungen verknüpft werden mit Forderungen nach direkter Demokratie.¹⁰ Priester zufolge gilt der Rechtspopulismus zugleich als eine „neue massenkompatible Form der Konservativen Revolution“. Er erfordere eine „neue Kombinatorik von konservativ-traditionalistischen und sozialdarwinistischen Elementen: Freie Bahn den Tüchtigen, aber vor Alpenkulissen, Nationaldenkmälern oder anderen Assoziationsauslösern für Heimat, Brauchtum und Tradition.“¹¹

In der rechtspopulistischen Propaganda wird „das Volk“ als ethnisch homogenisierender Begriff für die unterschiedlichen Partikularinteressen angestammter Bevölkerungsteile in Kontrast zu der „politischen Klasse“ gesetzt, welche angeblich „volksfeindliche“ Ziele (für „die Fremden“) verfolge. Die rechtspopulistische Ansprache beinhaltet außerdem ein Zugehörigkeitsangebot („Wir“-Konstruktion) sowie ein Feindbildangebot („Die anderen“). Einerseits ist diese rechtspopulistische Wir-Konstruktion elitär zentriert auf die bürgerlichen Mittelschichten in Abgrenzung zu denen, die nicht als gesellschaftliche „Leistungsträger“ angesehen werden. Zugleich wird propagandistisch eine scheinbare Egalisierung zwischen dem elitären „Wir“ der angeblichen „Leistungsträger“ und dem „Volk“ vollzogen. Damit werden die elitären, besitzstandswahrenden Partikularinteressen zu einem allgemeinen „Volkswillen“ umgedeutet. Als Feindbilder dienen in der

rechtspopulistischen Ansprache neben anderen Zuwanderer, Asylsuchende, Muslime, emanzipatorische Bewegungen oder die sogenannten Alt-Parteien.

Nach Ansicht der österreichischen Sprachwissenschaftlerin Ruth Wodak instrumentalisieren alle rechtspopulistischen Parteien „eine Art von ethnischer, religiöser, sprachlicher, politischer Minderheit als Sündenbock für die meisten – wenn nicht alle – aktuellen Sorgen und Probleme. Sie stellen die jeweilige Gruppe als gefährlich dar, die Bedrohung ‚für uns‘, für ‚unsere‘ Nation. Dieses Phänomen manifestiert sich als ‚Politik mit der Angst‘.“¹² Mit der Behauptung eines einheitlichen Volksinteresses legitimiert der Rechtspopulismus also seine Politik der Ausgrenzung. Laut Jean-Yves Camus, Rechtsextremismusforscher in Frankreich, zeichnet sich zudem eine Neuerung in der „Konstruktion eines politischen Programms der Exklusion, das auf Werten der Inklusion aufrucht“, ab.¹³ Das bedeutet: Der Rechtspopulismus greift selektiv auch demokratische und sogar linke Werte auf, deutet sie um und fügt sie in sein ausgrenzendes Freund-Feind-Schema ein. So werden demokratische Errungenschaften, Freiheits- und Menschenrechte argumentativ dafür in Anspruch genommen, um Ausgrenzungsforderungen gegenüber Zugewanderten damit zu rechtfertigen, jene würden eben diese Rechte abschaffen wollen. Hierbei spielen die Muslime in der rechtspopulistischen Feindbildmarkierung eine besondere Rolle – sie sind vor dem Hintergrund allgemein vorherrschender antiislamischer Ressentiments ein wirkmächtiges Angriffsziel. Deshalb gilt der antimuslimische Populismus als (wahlkampf-) politischer Erfolgsgarant für das deutsche und europäische Rechtsaußenspektrum.

1.2

Antimuslimischer Rassismus

Bei den rechten Politikakteuren vermengen sich populistische Anfeindungen von Muslimen mit rassistischen Abwehrhaltungen. Die Absage an das menschliche Gleichheitsprinzip wirkt identitätsstiftend für sämtliche Strömungen der extremen Rechten: Die Ethnisierung sozialer und gesellschaftlicher Konflikte bildet das Mittel zur Durchsetzung rassistischer Gesellschaftskonzepte. Wenn eine solche Feindbildkonstruktion zudem mit rassistischen Ressentiments argumentativ unterfüttert wird, lässt sich von antimuslimischem Rassismus sprechen. Die ursprünglich „fremden Rassen“ zugeschriebenen Negativeigenschaften werden dabei auf die Sphären der Kultur und der Religion übertragen. In der Rassismusforschung wird dann von einem Neo-, Kultur- oder differenzialistischen Rassismus gesprochen. Ein solcher „Rassismus ohne Rassen“ hat die „Unaufhebbarkeit der kulturellen Differenzen“ zum Thema.¹⁴ Hierbei ist der Begriff der Rasse in erster Linie als eine „diskursive, keine biologische Kategorie“ zu verstehen,¹⁵ seine „Charakteristik ist die Verschiebung von der Rasse zur Kultur“ und von der „Ungleichheit zur Differenz“.¹⁶

Die Forderung nach ethnischer Differenz zur Erhaltung der sogenannten nationalen Identität war und ist ein zentrales Wesensmerkmal der Neuen Rechten. Neurechts orientierte Vordenker wie Henning Eichberg traten schon Ende der 1970er Jahre mit der Kampfansage „Ethnopluralismus gegen Universalismus“ in Erscheinung.¹⁷ Anstelle des menschlichen Universalismus wird im Ethnopluralismus das

„Nebeneinander“ ethnisch homogener Gesellschaften propagiert. „Wer von den Völkern nicht sprechen will, soll von den Menschen schweigen“, so Eichberg.¹⁸

Im Stereotyp „Muslim = Ausländer + Islamist + Kulturzerstörer + Eroberer“ überschneiden sich muslimfeindliche mit rassistischen Zuschreibungen. Eine solche Ethnisierung von Negativzuschreibungen bezeichnet Naime Çakır als „antislamischen Ethnizismus“. Von solchen Zuschreibungen sind zugleich Menschen betroffen, die unabhängig von ihrer religiösen Überzeugung allein aufgrund von „Differenzmarkierungen wie Herkunft, Sprache, Eigennamen oder Lebensgewohnheiten und Kleidungsstil dem Islam zugeordnet werden“, die also ‚rassifiziert‘ werden. Dementsprechend sei der antislamische Ethnizismus als Form des Rassismus zu verstehen.¹⁹ Dabei werden den Muslimen pauschal negative Wesensmerkmale zugeschrieben (zum Beispiel frauenfeindlich, unehrlich, machtbesessen, unzivilisiert zu sein) und ihnen expansive Absichten unterstellt (eine „demografische“ oder „kulturelle Landnahme“).

Die schematische Gegenüberstellung veranschaulicht die unterschiedlichen Elemente von Negativzuschreibungen, die für die Verdichtung muslimfeindlicher Haltungen in Verbindung mit klassisch rassistischen Stereotypen zu einem antimuslimischen Rassismus merkmalsprägend sind:

MUSLIMFEINDLICHKEIT

Verknüpfung von Religionskritik mit personalisierter Abwertung der gläubigen Individuen

Diskriminierung der gläubigen Individuen mittels generalisierter Negativzuschreibung („Muslime sind integrationsunfähig“)

Forderung nach bürgerschaftlichem Ausschluss („Muslime passen nicht zu unserer Kultur“)

ANTIMUSLIM. RASSISMUS

Gleichsetzung von ethnischer Herkunft und Glauben sowie von Ethnie und Kultur

Pauschale Unterstellung von expansiven Ansichten („schleichende Islamisierung“) durch Geburtenzuwachs („demografische Landnahme“)

Pauschalzuschreibung unabänderlicher negativer Wesensmerkmale (so wie frauenfeindlich, unehrlich, machtbesessen)

1.3

Warum das Feindbild Muslime?

Seine Wirkmächtigkeit erhält das aktuelle Feindbild Islam nicht zuletzt auch durch die Reaktivierung von historischen islamfeindlichen Bildern. Die politische Rechte verklärt Erzählungen wie zum Beispiel den angeblich im Jahr 732 erzielten Sieg des Franken Karl Martell in Poitiers gegen den Vormarsch der Mauren oder die ab dem achten Jahrhundert begonnene Rückeroberung der Iberischen Halbinsel durch die christlichen Monarchen zu angeblichen Schlüsselereignissen der sogenannten Reconquista, der Rückeroberung des „Abendlandes“ aus den Fängen eines als aggressiv dargestellten „Morgenlandes“. Historische Ereignisse werden dabei aus den Zusammenhängen gerissen und unter Verdrehung historischer Fakten zu Narrativen eines antimuslimischen Verteidigungskampfes geformt.

In der Nachkriegszeit konnte die extreme Rechte lange Zeit bei Wahlen mit ihrem offenen Rassismus und Antisemitismus nicht die ganze Breite der Zustimmungsraten derjenigen erhalten, die laut Meinungsumfragen fremdenfeindliche Einstellungen bekundeten. Dies hat bei Teilen des deutschen und westeuropäischen Rechtsaußenspektrums dazu geführt, den eigenen Rassismus hinter einer vermeintlich judenfreundlichen Haltung zu verstecken. Antimuslimische Anfeindungen werden dabei in perfider Weise mit dem Verweis auf den bei Muslimen vorhandenen Antisemitismus gerechtfertigt. In der Tat sind historische und aktuelle Ausdrucksformen von muslimischem Antisemitismus belegbar.

So wurden Muslime während der NS-Herrschaft zur Unterstützung für die antisemitische und rassistische Kriegspolitik instrumentalisiert und mobilisiert. In dem jüdenfeindlichen Jerusalemer Großmufti Mohammed Amin al-Husseini fanden die Nazis sogar einen geistlichen Verbündeten für ihre Politik im Nahen Osten, auch wurden muslimische Einheiten – besonders mit Rekruten aus Bosnien und Albanien – in die Wehrmacht integriert für die nazistische Kriegspolitik.²⁰ Der Transfer antisemitischer Feindbilder in die arabische Welt sowie deren Bedeutung für den heutigen Antisemitismus bei Muslimen stellt auch aktuell noch ein ernstzunehmendes Problem dar.²¹ Dem Rechtsaußenspektrum jedoch dient diese Herausforderung eines auch in muslimischen Communities verbreiteten Antisemitismus zur eigenen Entlastung.

Mit muslimfeindlichen Kampagnen haben rechte Bewegungen weit über den offen rechtsextremen Rand hinaus an Einfluss gewinnen können. Vor dem Hintergrund der realen Gefahr des terroristischen islamistischen Fundamentalismus bietet sich der Islam als Reizthema für öffentlichkeitswirksame Kampagnen europäischer Rechtsaußenparteien geradezu an. Besonders rechtspopulistischen Parteien ist es gelungen, Ängste und Vorbehalte gegenüber Muslimen politisch für eine rassistisch grundierte Politik der Ausgrenzung nutzbar zu machen. Diskriminierende und oftmals auch rassistische Zuschreibungen werden dabei populistisch im Duktus der Fortschrittlichkeit und der Demokratieverteidigung verkündet. Hierbei stellt die politische Rechte religiös begründeten Terror demagogisch als angeblichen Ausdruck islamischer Kultur und Geisteshaltung dar, um ihren eigenen Rassismus gegenüber eingewanderten Bevölkerungsteilen aus muslimisch geprägten Herkunftsländern argumentativ zu unterfüttern.

Der Islam wurde von den Rechtspopulisten erst aufgrund von Forderungen der eingewanderten muslimischen Bevölkerungsteile nach institutionalisierten Anerkennungsformen als ein wirkungsvolles Feindbild erkannt: „Den Muslimen“ – dazu zählen sie auch die lediglich von ihnen als muslimisch markierten Zugewanderten aus mehrheitlich muslimischen Ländern, losgelöst von individuellen Glaubensvorstellungen – sollten nicht die Rechte kultureller und religiöser Entfaltung zugestanden werden wie „uns“, dem „angestammten Volk“. Iman Attia verweist darauf, dass dabei durch die Konstruktion und „Essentialisierung einer ‚islamischen Kultur‘“ die eigenen politischen Machtpositionen und Unterdrückungs- und Klassenverhältnisse ausgeblendet werden.²² Die Geschichte des Rassebegriffs zeigt, „dass er aus Anstrengungen zur Legitimation sozialer Ungleichheit erwuchs“,²³ und auch der antimuslimische Rassismus ist zugleich als Rechtfertigung der Abwehr sozialer Teilhabemöglichkeiten von Zugewanderten muslimischen Glaubens zu verstehen.

Laut Cornelia Koppetsch erschließt sich die Bedeutung von Muslimen im rechten Gesellschaftsbild erst dann, wenn die Gefühlslagen von Entfremdung und Anerkennungsmangel im Zusammenhang mit dem Wandel von Machtbalancen in den entwickelten Einwanderungsgesellschaften betrachtet werden. Denn hierdurch seien im Verhältnis zu den aufsteigenden Außenseitergruppen die eigenen verbürgten sozialen Stellungen angestammter Bevölkerungsteile ins Wanken geraten. Als „Urszene rechtspopulistischer Gefühlslagen“ sei daher die Figuration von Etablierten und Außenseitern zu begreifen, bei der sich die Etablierten ein Gruppencharisma zuschreiben, während sie die unter ihnen stehende Gruppe mittels „Stigmatisierungen und Abwertungen in den Stand der Gruppenschande versetzen“.²⁴



2.

Entwicklung der anti-muslimischen Organisationen

In Europa hat der Rechtspopulismus seine erste bedeutende Wirkmächtigkeit in den 1970er Jahren im skandinavischen Raum erhalten. Zu jener Zeit sah der Rechtspopulismus das zentrale Angriffsziel noch im sozialdemokratisch geprägten Wohlfahrtsstaat und entfaltete seine Wirkungskraft durch Kampagnen gegen Steuern und eine Politik des ausgleichenden Sozialstaats.²⁵ Zugleich hatte er von Anfang an eine rassistische Komponente, indem er seinen Alleinvertretungsanspruch für das Volk nicht nur gegen die politischen Eliten, sondern zugleich gegen die immigrierten Bevölkerungsteile wendete: Zum Volk zählen für den Rechtspopulismus nur die angestammten Bevölkerungsteile, deren Existenz angeblich durch die Zugewanderten und die volksfeindliche Elite bedroht sei.

2.1

Die Rechtsaußenparteien in Europa

Viele Rechtsaußenparteien in Europa haben einen propagandistischen Modernisierungsprozess durchlaufen: Während der klassische Rechtsextremismus von völkischem Rassismus und offenem Antisemitismus geprägt ist, vollzieht sich im Rechtspopulismus eine kulturellreligiös geprägte Umdeutung des Rassismus, im Westen Europas oftmals begleitet von einer angeblichen Ablehnung des Antisemitismus, der zur eigenen Entlastung auf die Muslime übertragen wird. Anstelle von offen rechtsextremen Blut-und-Boden-Parolen nimmt der Rechtspopulismus die Begriffe Tradition, Kultur, Heimat und Glaube für ausgrenzende Forderungen in Anspruch. Dabei weist der Rechtspopulismus sowohl extrem rechte wie auch rechtskonservative, neoliberale und zugleich auch sozialpopulistische Tönungen auf – er ist ideologisch flexibel geworden. Populistische Inszenierungsformen sind im Rechtsaußenspektrum weit verbreitet und reichen von der extremen Rechten bis hinein in den Nationalkonservatismus und Nationalliberalismus.

Der konstruierte Zusammenhang von einer angeblichen islamischen Landnahme Europas mithilfe des Multikulturalismus und der linken kulturellen Hegemonie stellt dabei die zentrale These des muslimfeindlichen Rechtspopulismus dar. Hier zeigt sich zugleich ein wichtiges Merkmal rechter Modernisierung: Die traditionell extreme Rechte ist immer noch geprägt von der offenen Ablehnung der Demokratie. Rechtspopulistische Parteien wiederum distanzieren sich öffentlich

vom verfassungsfeindlichen Rechtsextremismus und stellen sich als „wahre Hüter“ heimatlicher Interessen dar, die es mittels „direkter Demokratie“ in Form von Volksentscheiden und Bürgerbegehren durchzusetzen gelte. Kennzeichnend für den rechtspopulistischen Politikstil ist dabei die Inszenierung als „Stimme der unterdrückten Mehrheit“, die sich einer „linken Meinungsdictatur“ zu erwehren habe.

TRADITIONELLE
EXTREME RECHTE

Positiver Bezug auf den
Faschismus

Offene Ablehnung der
Demokratie

Proklamierter Systemsturz

Völkischer Rassismus,
Antisemitismus

Feindbilder:

Juden, Ausländer, Linke, EU

Bezugspunkte: Nation, „Rasse“,
„Europa der Völker“

MODERNISIERTE
RECHTSAUSSENPARTEIEN

Proklamierte Abkehr vom
Faschismus

Taktische Befürwortung der
„direkten Demokratie“

Transformation der Demokratie
nach rechts

kulturell/religiös verklausulier-
ter Rassismus; Abkehr vom offen
bekennenden Antisemitismus

Feindbilder: Muslime, Multikul-
turalismus, linke Hegemonie,
„political correctness“, EU

Bezugspunkte: Tradition, Kultur,
Region, Heimat, Religion

In vielen europäischen Ländern haben rechtspopulistische Parteien mit dieser modernisierten Agenda erheblich punkten und sich zum Teil auch politisch etablieren können. Mit bestimmten rechtskonservativen Parteien und Bewegungen eint sie die rechtspopulistische Muslimfeindlichkeit. Traditionell extrem rechte Parteien wie der frühere Front National (FN) – mittlerweile umbenannt in Rassemblement National (RN) – bedienen sich eines solchen Stils ebenso wie die rechtskonservative Schweizerische Volkspartei, andere wie die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) vermengen religiöse Bekenntnisse mit Muslimfeindlichkeit und Fremdenfeindlichkeit. Mit Slogans wie „Daham statt Islam“ und „Abendland in Christenhand“ befeuerte die rechtsradikale Partei in ausgrenzender Manier ihre Wahlkämpfe.

Ein parteipolitischer Vorreiter für die rechtspopulistische Muslimfeindlichkeit ist der Vlaams Belang aus dem Norden Belgiens, der schon zu Beginn der 1990er Jahre in den Muslimen ein wirkungsvolles Feindbild entdeckte. In einem von ihm verfassten Buch über die vermeintliche Islamisierung Europas offenbarte der Vordenker des Vlaams Belang, Filip Dewinter, den rassistischen Kern rechter Islamfeindlichkeit: „Europa und der freie Westen stehen vor einer lebenswichtigen Wahl: die weitere Duldung von Multikultur, Massenzuwanderung und Islamisierung oder die manifeste Entscheidung für eine europäische Identität.“ Dewinter geißelt darin den Multikulturalismus als „trojanisches Pferd“ des Islams.²⁶

In den Niederlanden erfuhr die Muslimfeindlichkeit erstmals durch den Rechtspopulisten Pim Fortuyn Aufwind. Der niederländische Soziologieprofessor trat „gegen die Islamisierung unserer Kultur“ – so der Titel eines von ihm 1997 veröffentlichten Buches – in Erscheinung. Mit seiner 2002 gegründeten Lijst Pim Fortuyn machte der bekennende

Homosexuelle in den Niederlanden Islamfeindlichkeit zum öffentlich wirksamen Politikprogramm. Nach seiner Ermordung durch einen verwirrten Tierschutzaktivisten erntete der Rechtspopulist Geert Wilders das von Fortuyn gesäte Feld. Wilders Partij Voor de Vrijheid (pvv) entwickelte sich fortan zu einer der stärksten muslimfeindlichen Parteien in Europa. Mit provozierenden Vergleichen des Korans mit Hitlers Propagandaschrift „Mein Kampf“ verschaffte sich der Rechtspopulist mit den wasserstoffblond gefärbten Haaren ein politisches Alleinstellungsmerkmal. Spätestens seit dem von der Schweizerischen Volkspartei (svp) im Jahr 2009 erfolgreich inszenierten Referendum gegen den Neubau von Minaretten gilt der antimuslimische Rechtspopulismus als politischer Erfolgsschlag für Wählerstimmen im rechten Lager. Die Facetten rechter Muslimfeindlichkeit erstrecken sich dabei vom extrem rechten Rand bis hinein in die gesellschaftliche Mitte.

2.2

Das deutsche Rechtsaußenspektrum

Als erste Rechtsaußenpartei hat die im Jahr 1996 von Aktivisten der rechtsextremen Deutschen Liga für Volk und Heimat gegründete Kleinpartei pro Köln Islamfeindlichkeit zum Hauptthema erkoren. Pro Köln und ihre Erweiterungen pro NRW und pro Deutschland versuchten, unter dem Deckmantel einer Bürgerbewegung mittels muslimfeindlicher Aufmärsche und Unterschriftenlisten gegen Moscheebauprojekte und Migrantenvereinigungen die emotionalisierte

Auseinandersetzung um Islam und Integration nach Rechtsaußen zu kanalisieren.²⁷ Die instrumentelle Stoßrichtung dieser Kampagnen offenbarte der Vorsitzende von pro Köln, Markus Beisicht, offenherzig in einem Interview mit der neu-rechten Wochenzeitung Junge Freiheit. Dort bekundete er: „Es war klar, wir mussten etwas Neues erfinden: Statt einer bundesweiten Partei haben wir mit Pro Köln den entgegengesetzten Ansatz gewählt: den einer kommunalen Bürgerbewegung.“ Der Journalist kam während des Gesprächs auf diese Aussage zurück: „Pro Köln ist also keine Anti-Moscheebau-Bürgerinitiative, sondern ein rechtes Parteiprojekt, das nur in diesem Gewand daherkommt?“ Beisicht antwortete: „So könnte man sagen. (...) Gerade in Großstädten kann man damit [mit dem Thema Islamisierung, Anm. der Redaktion] punkten! Wir haben die Marktlücke besetzt, und es ist uns der Einbruch in Schichten gelungen, die wir sonst nicht erreicht hätten.“²⁸ Trotz ausbleibender Wahlerfolge erfuhr die pro-Bewegung wiederkehrend Aufmerksamkeit durch ihre medienorientierte Öffentlichkeitsstrategie, die auf Eskalation und Diskursverschiebung zielte. So gelang es pro Deutschland mit der bloßen Ankündigung, im September 2012 in Berlin öffentlich ein muslimfeindliches Hetzvideo eines evangelikalen Predigers aus den USA mit dem Titel „Die Unschuld der Muslime“ zu zeigen, eine internationale Medienpräsenz zu erzielen, die öffentliche Stellungnahmen der damaligen Innen- und Außenminister Deutschlands zur Folge hatte.²⁹

Für das Rechtsaußenspektrum wurde daran ersichtlich, welche Wirkungen mit antimuslimischem Populismus zu erzielen sind. Von Berlin ausgehend versuchte die muslimfeindliche Partei Die Freiheit, sich als neue rechte Kraft zu etablieren. Freiheits-Parteiführer René Stadtkewitz war nach Konflikten um seine Einladung des Rechtspopulisten Geert Wilders

nach Berlin aus der CDU ausgetreten und gründete die neue Partei im Oktober 2010. Aufgrund fehlender Wahlerfolge rief Stadtkewitz im September 2013 dazu auf, die neu gegründete Partei Alternative für Deutschland (AfD) zu unterstützen.³⁰

Auch über Vereine und soziale Bewegungen versucht das Rechtsaußenspektrum, mit antimuslimischem Populismus öffentliche Wirkung zu entfalten. In der 2008 gegründeten Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) bündeln sich solche Aktivitäten. Von der BPE werden beispielsweise „Handreichungen für Moscheebau-Verhinderer“ verbreitet. Darin wird empfohlen: „Der Konflikt muss in den nächsten Wahlkampf verschleppt werden (durch Bürgerbegehren, Normenkontrollklagen usw.), da die meist konfliktscheue Politik nur dann bereit ist, sich den Bürgerwillen an die eigene Fahne zu heften.“³¹

Mit der Identitären Bewegung Deutschland (IBD) wiederum versucht eine Strömung aus dem neurechten Lager auf der Ebene einer sozialen Bewegung, junge Leute mit muslimfeindlichen wie zugleich nationalistischen Kampagnen anzusprechen. „Uns Identitären geht es um den Erhalt unserer ethnokulturellen Identität, die heute durch den demographischen Kollaps, die Massenzuwanderung und die Islamisierung bedroht ist“, heißt es auf ihrer Website.³²

Die IBD tritt in erster Linie online in Erscheinung.³³ Ihren Ursprung hat sie in der französischen *Génération Identitaire*, einer Jugendorganisation des Bloc Identitaire (BI), der einen Zusammenschluss rechtsextremer und neurechter Gruppierungen in Frankreich darstellt. Der *Génération Identitaire* wurde große Aufmerksamkeit zuteil, als einige ihrer Mitglieder am 2. Oktober 2012, in Anlehnung an die historische Schlacht von Poitiers im Jahr 732, in dieser Stadt das Dach einer im Bau befindlichen Moschee besetzten. In dieser historischen Analogie inszeniert sich die IB als Vorkämpfer gegen

die „Islamisierung Europas“. Von Frankreich aus verbreitete sich die Bewegung zunächst nach Österreich und von dort nach Deutschland. Hierzulande fanden die Inszenierungsformen der IB sowohl in neonazistischen als auch in neurechten und muslimfeindlichen Kreisen Anklang.

Eine schon im Jahr 2012 von dem neurechten Institut für Staatspolitik (IfS) veröffentlichten „Lageanalyse“ zur Frage „Ist der Islam unser Feind?“ veranschaulicht die weltanschaulichen Grundmuster eines antimuslimischen Rassismus am rechten Rand, der sich selbst als „Islamkritik“ versteht. Dort heißt es: „Es geht nicht nur und nicht einmal in erster Linie um das gewaltsame Vordringen des Islam, um die Funktionsweise von Terrornetzwerken oder die Aggressivität der Mission von moslemischer Seite, sondern um die Verantwortungslosigkeit der Eliten einerseits und die politische, religiöse und kulturelle Formschwäche der europäischen Nationen andererseits. Die Perspektive der Islamisierung ergibt sich aus der Vitalität des Islam, aber vor allem aus dem Vitalitätsmangel der weißen Völker.“³⁴

Auch im Internet häufen sich Weblogs und Infoportale mit antimuslimischer Ausrichtung. Laut der Historikerin Yasemin Shooman gilt die seit dem Jahr 2004 aktivierte Internetplattform Politically Incorrect (P.I.-News) als das virtuelle „Zentralorgan“ des antimuslimischen Rassismus.³⁵ Dieses Weblog zählt zu den meistgenutzten rechten Internetseiten in Deutschland – über 1,23 Millionen Benutzer haben die Seite im Januar 2019 besucht. Dort werden nicht nur in primitiver Form rassistische Anfeindungen gegenüber Muslimen verbreitet, sondern P.I.-News dient zudem als Informationsportal für die heterogene Achse rechter Muslimfeinde.

Mit Pegida erreichte der antimuslimische Populismus öffentlichkeitswirksame Anschlussfähigkeit an das rechte

soziale Protestbewegungsspektrum. 2014 gab eine Demonstration in Dresden zur Unterstützung des kurdischen Widerstands gegen den IS-Terror im Irak der Gruppe „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ Anlass dazu, eine Facebook-Gruppe zu gründen, die sich von den protestierenden „Ausländern“ gestört fühlte.³⁶ Mit Pegida und dessen bundesweiten Ablegern bot der muslimfeindliche Populismus in der Folgezeit einem rechten Wutbürgertum ein niedrigschwelliges Angebot zur Artikulation von rassistischen Ressentiments.

Mit der im Februar 2013 gegründeten Alternative für Deutschland (AfD) erhielt der muslimfeindliche Populismus ein breitenwirksames parteipolitisches Dach. Die Partei vertrat im Laufe ihrer Entwicklung zunehmend völkisch-nationalistische Positionen, unter anderem aufgrund derer sie hinsichtlich möglicher Verfassungswidrigkeit geprüft wird. Die AfD verdankt ihren Aufstieg in der Wählergunst ihrer Selbstinszenierung als Anti-Euro-Partei, jedoch erweiterte die Partei ihr politisches Agenda-Setting auf das Einwanderungsthema und vollzog in Teilen eine Anlehnung an die Pegida-Protteste. Neben Angehörigen des wirtschaftlichen Establishments bietet die Partei schon seit ihrer Gründung auch politisch heimatlos gewordenen Nationalkonservativen sowie neurechten Kräften und früheren Aktivisten rechts-populistischer Kleinstparteien ein neues parteipolitisches Dach.³⁷ Der Thüringer AfD-Landesvorsitzende Björn Höcke definierte seine Partei in einem Vortrag bei dem neurechten Institut für Staatspolitik im November 2015 als „fundamental-oppositionelle Bewegungspartei“.³⁸

Mit der Aufnahme der Forderung nach Volksabstimmungen über den Bau von Moscheen mit Minaretten im sächsischen Wahlprogramm 2014 fand erstmalig das Thema Moscheebau

Eingang in den offiziellen Forderungskatalog der Partei. Seit ihrem ersten Führungswechsel im Sommer 2015 hat die AfD ihren muslimfeindlichen Kurs verstärkt. Das AfD-Bundesvorstandsmitglied Beatrix von Storch vertrat gar die Ansicht, dass der Islam eigentlich eine „politische Ideologie“ sei, welche „mit dem Grundgesetz nicht vereinbar ist“.³⁹ Doch nicht nur der Islam wird von AfD-Abgeordneten abgelehnt, sondern auch die Menschen muslimischen Glaubens. Entsprechend erläuterte der AfD-Bundestagsabgeordnete Stephan Brandner in einem Interview seine Ansicht, der Islam gehöre nicht zu Deutschland, mit den Worten: „Das heißt: Die Moslems sind hier Gäste.“⁴⁰

Als eine der ersten parteiinternen Strömungen mobilisierte die Patriotische Plattform in der AfD für die politische Ausrichtung der Partei gegen den Islam im Bündnis mit den Pegida-Protesten. Ein Positionspapier des Plattform-Sprechers Hans-Thomas Tillschneider verdeutlicht die rassistische Stoßrichtung solcher Anti-Islam-Positionen. Dort heißt es: „Das Problem ist nicht der Islam, das Problem ist die multikulturelle Gesellschaft.“ Dementsprechend wird auch die Religionsfreiheit mit der Begründung abgelehnt, sie diene als „Vehikel einer multikulturellen Transformation. Sie fungiert als trojanisches Pferd, den Kulturrahmen aufzubrechen, der unsere Verfassungsordnung erst möglich gemacht“ habe.⁴¹ In derartigen Ausführungen offenbart sich eine völkisch-nationalistische hergeleitete Muslimfeindlichkeit.

Auf ihrem Bundesparteitag 2016 beschloss die AfD erstmals ein Grundsatzprogramm. „Der Islam gehört nicht zu Deutschland“, lautet darin eine der politischen Positionierungen. „Das Minarett lehnt die AfD als islamisches Herrschaftssymbol ebenso ab wie den Muezzinruf“ eine weitere. Unterbunden werden solle „die Finanzierung des Baus und Betriebs von

Moscheen durch islamische Staaten oder ausländische Geldgeber bzw. ihre Mittelsmänner“. Zugleich lehnt es die AfD ab, islamischen Organisationen in der Bundesrepublik den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts – analog zu anderen Religionsgemeinschaften – zu verleihen.⁴² Darüber hinaus fordert die Partei ein allgemeines Verbot der Vollverschleierung in der Öffentlichkeit. Zudem soll „im öffentlichen Dienst kein Kopftuch getragen werden, in Bildungseinrichtungen weder von Lehrerinnen noch von Schülerinnen“. Diese muslimfeindliche Ausrichtung wird verklausuliert als Maßnahme zum Erhalt deutscher Kultur. Denn diese beschreibt die Partei als „die zentrale Klammer, in der sich auch ein neues Politikverständnis sehen muss. Unser aller Identität ist vorrangig kulturell determiniert. Sie kann nicht dem freien Spiel der Kräfte ausgesetzt werden. Vielmehr soll ein Bewusstsein gestärkt werden, welches kulturelle Verbundenheit wahrnimmt, fördert und schützt.“⁴³

Kurzum: Mit antimuslimischem Populismus geht die erfolgreichste Rechtsaußenpartei in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland auf Stimmenfang.

2.3

Antimuslimische Internationale?

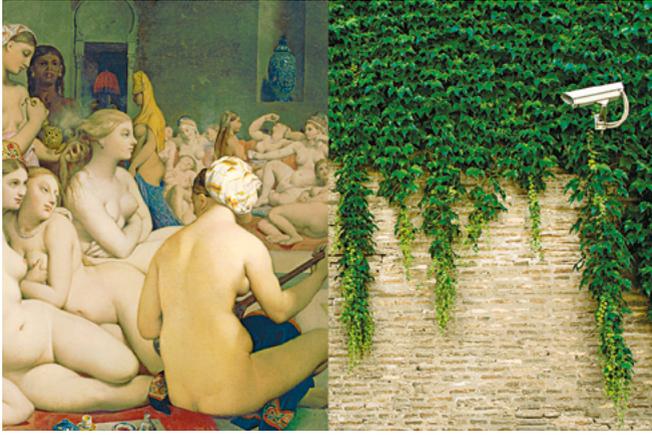
Eine öffentlich wahrnehmbare internationale Vernetzung rechter Islamfeindlichkeit zeigte sich nach dem 11. September 2001 nicht zuletzt auch in Form von sogenannten Counter-Jihad-Bloggernetzwerken. Zunächst von den USA ausgehend, gewannen diese auch an Einfluss auf das europäische Rechtsaußenspektrum.⁴⁴ Zwar nahm die Islamfeindlichkeit in Europa und Nordamerika bereits in den 1990er Jahren zu, doch nach den Terroranschlägen von New York und Washington erhielt sie ein wesentlich gesteigertes Ausmaß: Im Kontext des sogenannten Krieges gegen den Terror standen Muslime in den westlichen Ländern in unterschiedlicher Form und Ausmaß unter Generalverdacht. In einem solchen Klima entstand fruchtbarer Nährboden für einen länderübergreifenden antimuslimischen Populismus. Öffentlichkeit erreichte der „Counter-Jihad“ hauptsächlich über Weblogs wie den Jihad Watch des rechten us-Publizisten Robert Spencer, Atlas Shrugs beziehungsweise Geller-Report der us-Bloggerin Pamela Geller oder das 2003 gestartete Gates of Vienna (in Bezugnahme auf den Sieg gegen das osmanische Heer im Jahr 1683 vor Wien) des norwegischen Bloggers Peder Are Nøstvold Jensen mit dem Pseudonym Fjordman. Auf Einladung des belgischen rechtsextremen Vlaams Belang kam es 2007 zur Durchführung einer international ausgerichteten „Counter-Jihad“-Konferenz in Räumlichkeiten des Europäischen und des Flämischen Parlaments.⁴⁵ Neben Robert Spencer trat dort unter anderem die britische Publizistin Gisèle Littman

auf, die 2005 unter dem Pseudonym Bat Ye'or das Traktat „Eurabia: The Euro-Arab Axis“ veröffentlichte. Der Begriff „Eurabia“, der sich aus den englischen Wörtern *europe* und *arabia* zusammensetzt, stellt im antimuslimischen Populismus ein Schlagwort dar für die arabisch-muslimische „Landnahme“ Europas.

Solche rechten Untergangsprophetieungen lassen sich auch in dem „Manifest“ des norwegischen Massenmörders Anders Behring Breivik nachlesen, der am 22. Juli 2011 in Oslo und auf der Insel Utøya insgesamt 77 Menschen erschoss, von denen die meisten an einem Jugendferienlager der sozialdemokratischen Arbeiterpartei auf der Insel teilgenommen hatten. Breivik, der zeitweise Mitglied der rechtspopulistischen Fortschrittspartei gewesen war, rechtfertigte seine Morde damit, dass die Linke durch ihre internationalistische Haltung verantwortlich sei für die „Islamisierung Norwegens“. Sein mehr als 1.500 Seiten langes Rechtfertigungstraktat bestand größtenteils aus Kopien der Texte muslimfeindlicher Weblogs wie *Gates of Vienna*.

Die Vernetzung der rechten muslimfeindlichen Parteien vollzieht sich auch im Europäischen Parlament. Von 2014 bis 2019 waren die unterschiedlichen Rechtsaußenparteien mit mehreren Fraktionen im Europaparlament vertreten: in der rechtspopulistischen Fraktion *Europa der Freiheit und der direkten Demokratie* (EFDD) und in der radikal rechten Fraktion *Europa der Nationen und Freiheit* (ENF). Die AfD ist mit Jörg Meuthen in der EFDD vertreten. Mit den Europäischen Konservativen und Reformern (EKR) beherbergt eine weitere Fraktion mehrere Rechtsaußenparteien. Der größten Fraktion im EU-Parlament, der Europäischen Volkspartei (EVP), in der auch die CDU/CSU vertreten ist, gehört ebenfalls die rechte ungarische Fidesz-Partei von Victor Orbán an.

Bedingt durch den anvisierten Austritt Großbritanniens aus der EU und veränderte Machtverhältnisse in den einzelnen Ländern werden sich 2019 das Rechtsaußenspektrum und damit auch die Fraktionen im EU-Parlament deutlich verändern. Der AfD-Vorsitzende Meuthen bemüht sich um die Formierung einer neuen großen Fraktion unter Mitwirkung der FPÖ, der italienischen Lega Nord, der niederländischen PVV, dem französischen Rassemblement National, der skandinavischen rechtspopulistischen Parteien sowie weiterer Rechtsaußenparteien. Neben der sie verbindenden EU-Feindlichkeit und ihrem Nationalismus zählen Flüchtlings- und Muslimfeindlichkeit zu ihren politischen Triebfedern. Von Bedeutung für die Wirkungsmächtigkeit einer solchen Fraktion wird sein, ob ihr eine Integration der Fidesz in die eigenen Reihen gelingt. Sollten die Rechtsaußenparteien bei den Europawahlen 2019 ihren Einfluss stark vergrößern und sich zu einer einflussreichen Fraktion zusammenschließen, so könnten sie den Zusammenschluss Europas in gefährlichem Maße beschädigen oder gar zerstören.



3.

Vom Rand zur Mitte

Laut einer 2010 veröffentlichten Bevölkerungsumfrage des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ sind negative Haltungen gegenüber Muslimen stark verbreitet. In der in sechs europäischen Ländern durchgeführten Studie äußerten die Befragten zu 36,7 Prozent in Frankreich, zu 35,9 in den Niederlanden, zu 35,6 Prozent in Dänemark und zu 33,5 Prozent in Portugal negative Haltungen gegenüber Muslimen. Mit 57,7 Prozent in Westdeutschland und 62,2 in Ostdeutschland steht die Bundesrepublik an der Spitze der erhobenen anti-muslimischen Einstellungen.⁴⁶

Nach einer Umfrage von TNS Emnid im November 2014 vertraten 61 Prozent der repräsentativ Befragten in Deutschland die Ansicht, „der Islam passt nicht in die westliche Welt“, 57 Prozent hielten den Islam für „bedrohlich“, 40 Prozent fühlten sich durch die Präsenz von Muslimen „wie Fremde im eigenen Land“ und 24 Prozent stimmten der Forderung zu, den „Muslimen die Zuwanderung“ zu untersagen.⁴⁷ Laut einer Befragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Evangelischen Kirche hingegen lehnten 2018 schon 52 Prozent der Befragten die Aussage ab, „Der Islam passt in die deutsche Gesellschaft“. In Ostdeutschland waren es sogar 62 Prozent.⁴⁸ Die Akzeptanz des Islams hat also im Zuge der Flüchtlingsdebatte deutlich abgenommen. Laut einer Forsa-Umfrage vom März 2018 vertreten nur 37 Prozent der Bundesbürger die Auffassung, dass der Islam zu Deutschland gehört. 2015, vor Beginn der Debatte, waren noch 47 Prozent dieser Ansicht.⁴⁹

In einer im Januar 2019 veröffentlichten Umfrage sind 33 Prozent der Westdeutschen und 35 Prozent der Ostdeutschen der Ansicht, dass die Menschen in unserer Gesellschaft vor allem die Tatsache trenne und unterscheide, welche Religion beziehungsweise religiöse Überzeugungen sie vertreten. Religion erscheint demnach als bedeutungsvolles Kriterium für (Nicht-)Zugehörigkeit. Noch bedenklicher ist die Tatsache, dass die Herkunft eine noch höhere Bedeutung für Zugehörigkeit zu spielen scheint. So sind laut Umfrage 53 Prozent der Ansicht, dass die Menschen vor allem trenne und unterscheide, „ob man aus Deutschland stammt oder nicht“. In Ostdeutschland vertreten gar 64 Prozent eine solche Meinung.⁵⁰ Das bedeutet: Eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung sieht ein gesellschaftliches Zusammenleben von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund nicht als selbstverständlich an.

3.1 „Islamkritik“

Feindlichkeit gegenüber Muslimen ist grundsätzlich zu unterscheiden von einer Religionskritik, die sich auf die muslimische Religion bezieht. Während Kritik an Religion und ihren unterschiedlichen Ausprägungen legitim ist und zum demokratischen Meinungsstreit gehört, stellt die pauschale Abwertung von Menschen mit religiöser Zugehörigkeit eine Form von Diskriminierung dar, die oftmals das grundgesetzlich verbrieftete Recht auf Religionsfreiheit infrage stellt und Muslime aus der Gesellschaft auszuschließen versucht. So gab

die Fraktion der AfD im Thüringer Landtag 2016 ein Buch mit dem Titel „Der Islam. Fakten und Argumente“ heraus. Laut dem Vorwort von Björn Höcke „versteht sich die Publikation als ein auf der einschlägigen Forschung basierender Beitrag zur öffentlichen Aufklärung.“⁵¹ Ein Blick in den Inhalt offenbart allerdings nicht nur eine pauschale Ablehnung der Repräsentanz islamischer Religionsgemeinschaften in Deutschland, sondern lässt zudem auf ein zweifelhaftes Verfassungsverständnis in Bezug auf die multikulturelle Verfasstheit der deutschen Einwanderungsgesellschaft schließen. So wird gefordert, die Anerkennung muslimischer Verbände als öffentliche Körperschaften unter anderem deshalb grundsätzlich zu verbieten, weil „zentrale Anschauungen des Islam mit der freiheitlichen und pluralen Gesellschafts- und Verfassungsordnung nicht vereinbar sind.“ Doch die AfD wendet sich in dieser Schrift nicht nur gegen das Recht auf Gleichbehandlung der Muslime in Bezug auf religiöse Anerkennung. Ihr dahinterstehendes Bestreben ist der rechte Kulturkampf gegen die multikulturelle Gesellschaft. Entsprechend wird dort gefordert, „anzuerkennen, dass die Freiheitsordnung nicht mit Werterelativismus und Multikulturalismus vereinbar ist.“⁵² Derartige Positionierungen offenbaren die politischen Absichten, die der rechten „Islamkritik“ zugrunde liegen.

Antimuslimischer Populismus erweist sich auch auf dem Buchmarkt als lohnendes Geschäft. Populäres Beispiel für eine solche, angeblich aufgeklärte Islamkritik stellt das jüngste Buch des Bestsellerautors Thilo Sarrazin dar. In dieser populären Publikation werden muslimfeindliche Bedrohungsszenarien dargeboten, die deutliche inhaltliche Überschneidungen mit rechtspopulistischer Propaganda und (neu-)rechter Weltanschauung aufweisen. Unter dem reißerischen Titel „Feindliche Übernahme“ stellt der Autor infrage, ob der Islam

überhaupt eine Religion wie andere sei: „Der Islam mag eine Religion sein. Tatsächlich hat er die Wirkung einer politischen Ideologie.“⁵³ Eine solche realitätsverzerrende Zuschreibung offenbart sich beim genaueren Lesen als demagogisch motivierter Ausgangspunkt für eine umfassende Feindbildmarkierung muslimischer Bevölkerungsteile in Europa. So stempelt der Autor Muslime undifferenziert und pauschalisierend als einen gesellschaftlichen Bedrohungsfaktor ab: „In der westlichen Welt entstehen durch die Muslime in mentaler, religiöser und ethnischer Hinsicht Inseln, die der Kultur, dem Lebensstil und den Werten des Abendlandes feindselig bis gleichgültig gegenüberstehen.“⁵⁴ Mittels der Verknüpfung der Begriffe Religion, Kultur und Ethnie mit denen von Mentalität und Lebensstil als angeblich „feindseligem“ Konglomerat gegenüber „den Werten des Abendlandes“ offenbart der Autor die ethnozentristische Stoßrichtung seiner angeblich lediglich religionskritischen Feindbildbeschwörungen. Diese Anfeindungen werden angereichert mit nativistischen Untergangsszenarien in neuerechtem Duktus: „Die muslimischen demografischen Inseln nehmen durch höhere Kinderzahl und muslimische Einwanderung fortlaufend überdurchschnittlich zu, wachsen mit der Zeit zusammen und bilden zunächst regionale Mehrheiten, die in einem längeren Prozess schließlich auch zu nationalen Mehrheiten werden können.“⁵⁵ Im ethnopluralistischen Duktus fordert Sarrazin eine „Selbstvergewisserung der deutschen und europäischen Identität“.⁵⁶ Eine solche Selbstvergewisserung erfordere die Abwehr des Islams: „Die spezifische Identität, die vom Islam geprägt wird, widerspricht dem europäischen Bewusstsein und der europäischen Lebensart. Ja, sie ist sogar eine Bedrohung für beide.“⁵⁷

Nahezu folgerichtig leitet der Autor aus seinen Bedrohungsszenarien die grundgesetzwidrige Forderung ab, Menschen

allein aufgrund ihrer spezifischen religiösen Orientierung die Einwanderung verweigern zu können: „Die Tendenzen vieler Muslime zur kulturellen Segregation, ihre offenkundigen Vorbehalte gegen die westliche Kultur und Gesellschaft und das Überwiegen eines rückständigen Frauen- und Familienbildes lassen es durchaus gerechtfertigt erscheinen, die künftige Einwanderung religiöser Muslime nach Deutschland und Europa gezielt zu begrenzen und dies auch offen zu kommunizieren.“⁵⁸ Diese Forderung wird durch den Hinweis auf die muslimische Geburtenrate verschärft, was inhaltliche Überschneidung mit rassistischer Propaganda rechtsextremer Parteien aufweist: Um „das demographische Gewicht der Muslime in Deutschland und Europa“ einzudämmen, so Sarrazin, „muss man die Einwanderung von Muslimen grundsätzlich unterbinden“.⁵⁹

Hinter der rechten „Islamkritik“ verbirgt sich die rassistische Anfeindung multikulturell verfasster Einwanderungsgesellschaften. Eine solche politische Stoßrichtung offenbart eine Rede von Stefan Herre, dem Mitbegründer des muslimfeindlichen Weblogs P1-News. In seiner Dankesrede anlässlich der Entgegennahme des „Hiltrud-Schröter-Freiheitspreises“, der von der muslimfeindlichen Bürgerbewegung Pax Europa am 21. Mai 2011 verliehen wurde, kritisierte er die fehlende Reichweite bloßer Islamkritik. Vielmehr müsse die politische Stoßrichtung weiter gefasst werden: „Bei Licht betrachtet arbeiten wir uns mit der Islamkritik lediglich an Symptomen eines gesellschaftlichen Verfalls ab, der mit der 68er-Bewegung und der bürgerlichen Antwort ‚Spaß- und Konsumgesellschaft‘ seinen Anfang genommen hat. Würden wir nicht seit 40 Jahren tatenlos einer Werteveränderung und ungerechten staatlichen Ressourcenverteilung zusehen, die die Zahl der einheimischen Geburten in diesem Zeitraum gedrittelt hat, würde der Islam in Deutschland keine Rolle spielen.“⁶⁰

Zwar versucht die politische Rechte oftmals, ihre sogenannte Islamkritik mit angeblicher Israel-Solidarität propagandistisch zu unterfüttern. Doch hinter den islamfeindlichen Positionierungen treten bei genauerer Betrachtung wiederkehrend israel- und judenfeindliche Positionen zutage. So schreibt der neurechte Publizist Martin Lichtmesz in einem Traktat des rechten Antaios Verlags: „Ich hatte früher nie negative Gefühle gegenüber der islamischen Welt. Heute, da sie vor jedermanns Haustür geschleppt wurde, und die Auseinandersetzung mit ihr unvermeidbar ist, aber kaum ehrlich geführt werden darf, fühle ich mich zunehmend wie das Objekt einer schleichenden Kolonisierung, wie ein Palästinenser der dreißiger Jahre, der schon dunkel ahnt, dass ein 1948 für ihn vorgesehen ist.“⁶¹ In der Positionierung des Autors als angebliches Objekt einer „schleichenden Kolonisierung“ offenbaren sich muslimfeindliche Ansichten unter Verdrehung historischer Tatsachen in Bezug auf den Ursprung und die Stoßrichtung des Kolonialismus und dessen Täter und Opfer. Diese bewusst betriebene Täter-Opfer-Verkehrung wird auf die Spitze getrieben mit der vom Autor vollzogenen historischen Gleichsetzung heutiger „deutscher Opfer“ und damaliger „palästinensischer Opfer“, die unter Ausklammerung des nazistischen Antisemitismus unausgesprochen die Schlussfolgerung in den Raum stellt, so wie die Palästinenser damals Opfer eines ‚jüdischen Kolonialismus‘ gewesen seien, so seien die Deutschen heute Opfer ‚islamischer Kolonisierung‘. Der Ausspruch von einem „vorgesehenen 1948“ in Palästina erweckt – ebenfalls unausgesprochen – eine gedankliche Assoziationskette zum Holocaust in Deutschland. Hier offenbaren sich also nicht nur historische Faktenverdrehungen in der rechten „Islamkritik“, sondern es tritt unausgesprochen zugleich ein anti-jüdisches revisionistisches Weltbild zur Entlastung deutscher

ns-Verbrechen zutage. Die rechte „Islamkritik“, so lässt sich zusammenfassend konstatieren, betreibt keine bloße Religionskritik, sondern einen antimuslimischen Populismus, der sich im Kern gegen die multikulturell verfasste Einwanderungsgesellschaft richtet.

3.2 Sprache des Hasses

Der antimuslimische Populismus gipfelt in einer Sprache des Hasses, die Ausdruck und Resultat der rechten Dämonisierung des Islams und der Muslime zu einer existenzbedrohenden Macht ist. Ablehnung und Hass auf Muslime erscheinen dort deshalb als Ausdruck einer existenzhaltenden „Verteidigung des Eigenen“.⁶² Der antimuslimische Populismus markiert den Islam als „äußeren Feind“, der nun, bedingt durch Zuwanderung und gesellschaftliche Pluralisierung, aus Sicht der Rechten in Gestalt der als muslimisch markierten Zugewanderten zum „Eindringling“ und damit zugleich zum „inneren Feind“ wird – und zwar zu einem zunehmend machtvollen Feind, der mittels kultureller Etablierung, Geburtenrate und feindlicher Übernahme die eigene Existenz bedrohe, gar „auszulöschen“ bestrebt sei. Ein derart völkisch-rassistisch aufgeladenes Untergangsszenario findet seinen pointierten Ausdruck in der Verschwörungstheorie vom „großen Austausch“. Unter diesem Label betreibt die rechtsextreme Identitäre Bewegung eine Kampagne: Der „Große Austausch“ sei ein Prozess der „Verdrängung der einheimischen Bevölkerung zugunsten fremder und zumeist muslimischer Einwanderer“.

Im rechtsextremen Weltbild der IB sei ein solcher „Austausch“ ein von den politischen Eliten bewusst gesteuerter Prozess, weshalb sie fordert, den angeblich vorherrschenden „parteilichen Konsens aus Masseneinwanderung und Bejahung einer fortschreitenden Islamisierung direkt vor Ort zu stören.“⁶³

Die Verschwörungstheorie vom „großen Austausch“ wurde populär gemacht von dem französischen Schriftsteller Renaud Camus, der politisch auch als Berater des rechtsextremen Front National in Erscheinung trat.⁶⁴ Die Verschwörungstheorie fand zunächst in rechtsextremen Kreisen Anklang und entwickelte sich von dort aus zu einem allgemeinen Kampfbegriff des antimuslimischen Populismus. So übersetzte zum Beispiel die rechte deutsche Querfrontzeitschrift Tumult eine Rede des französischen Rechtsextremen, um dessen rassistische Untergangsprophetie von einem „Genozid“ an den Europäern „durch ethnischen Austausch“ ihrer Leserschaft schmackhaft zu machen. Camus vertritt darin ein geschlossen völkisch-rassistisches Weltbild: Er bezeichnet soziale Transferleistungen, die auch zugewanderten Bevölkerungsteilen zukommen, als „Transferzahlungen an andere Rassen“. Bei der drohenden „Vernichtung“ der „europäischen Völker“ durch einen gewollten „Austausch“ handele es sich um einen „genau durchdachten“ Plan, der angeblich von Politik und Wirtschaft verfolgt werde.⁶⁵

Vergleichbare Verschwörungstheorien finden in abgewandelter Sprache mittlerweile Eingang in Reden von AfD-Politikern. So erklärte der AfD-Bundestagsabgeordnete Gottfried Curio in einer Rede im hessischen Kirchhain auf einer Partei-Veranstaltung: „Bis vor kurzem war Deutschland noch ein Land und nicht ein Gelände, in dem jeder sein eigenes Rechts- und Kultursystem lebt. (...) Deutschland soll sich auflösen wie ein Zuckerwürfel im Tee (...) Das Recht auf eigene Identität,

auf Heimat, wird als Rassismus diffamiert. Wir sagen: Eine Nation hat das Recht auf Selbstbehauptung als eigenständige politische Einheit. (...) In Kurzem werden Millionen Ausländer unser politisches Schicksal hier fremdbestimmen. Wenn aber immer mehr Kulturfremde hier Wahlrecht erhalten, wird irgendwann sogar unsere Verfassung gekippt – denken wir an den Geburten-Jihad, zu dem Erdogan seine Türken aufruft: ‚Macht nicht drei Kinder, sondern fünf, denn ihr seid die Zukunft Europas!‘ Das, meine Damen und Herren, das ist die Sprache der feindlichen Übernahme, nichts sonst!⁶⁶ Die Unterstellung einer „feindlichen Übernahme“ muslimischer Herrschaft durch Geburten von Kindern in Deutschland, die als „Geburten-Jihad“ diffamiert werden, stellt einen rassistisch grundierten Sprachduktus in böswilliger Ausdrucksform dar. Eine solche Sprache des Hasses ist in der AfD kein Einzelphänomen, sondern prägt zunehmend den politischen Jargon ihrer Funktionsträger. So erklärte die bayrische Vize-AfD-Landesvorsitzende Katrin Ebner-Steiner auf einer Demonstration gegen den Bau einer DITIB-Moschee in Regensburg im Vorfeld der Landtagswahlen 2018, die AfD werde „dafür sorgen, dass Bayern nicht zu einer islamistischen Dönerbude verkommt“.⁶⁷

Die antimuslimische Hasssprache in der Partei findet populistische Entsprechungen in der Verkündung von angeblicher Vaterlandsliebe mit völkisch-nationalistischen Untertönen. So erklärte der AfD-Bundesvorsitzende Alexander Gauland in einer Rede auf der AfD-Demonstration unter dem Motto „Zukunft Deutschland“ am 27. Juni 2018 in Berlin: „Wir stehen hier, weil wir dieses Land lieben, weil es unser Land ist und weil wir es nicht aufgeben werden!“ Den anderen Parteien sprach Gauland ab, politisch zum Wohl deutscher Staatsbürger zu handeln: „Sie lieben nicht das deutsche Volk. Sie lieben nicht seine Kultur und Geschichte. Sie lieben eine

Zuwanderungsgesellschaft, sie lieben die Fremden – nicht uns, nicht euch, nicht die Deutschen, denen dieses Land gehört.“⁶⁸ In ihrer Rede am gleichen Ort stellte Beatrix von Storch, ebenfalls AfD-Bundesvorstand, in populistischem Duktus infrage, ob Mesut Özil, damals Mitglied der Fußball-Nationalmannschaft, wirklich ein Deutscher sei: „Mesut Özil ist trotz seines deutschen Passes kein Deutscher. Das liegt aber nicht daran, dass er kein Deutscher sein kann, das liegt daran, dass er kein Deutscher sein will. Er weigert sich, unsere Nationalhymne zu singen, er nennt Erdogan seinen Präsidenten und er lässt sich vor Bildern muslimischer Eroberer ablichten. Wer so etwas tut, ist kein Deutscher, und wer so etwas tut, sollte auch nicht für die deutsche Nationalmannschaft Fußball spielen!“⁶⁹ Die Zugehörigkeit zur deutschen Nation wird nach der Vorstellung von Beatrix von Storch demnach nicht nach der amtlichen Staatszugehörigkeit bemessen, sondern nach einem der AfD genehmen „Bekanntnis zu Deutschland“ (hier: das Singen der Nationalhymne).

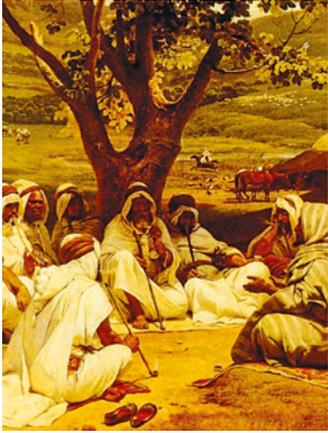
Die Sprache des Hasses hat auch Eingang in die Debattenkultur des Deutschen Bundestages gefunden. So beschwor die AfD-Bundestagsfraktionsvorsitzende Alice Weidel in einer Rede die angebliche Bedrohung in Deutschland durch „Burkas, Kopftuchmädchen und alimentierte Messermänner“.⁷⁰ Der diskriminierende Begriff der „Messermänner“ verbreitete sich als Ausdruck für gewalttätige Einwanderer beziehungsweise Geflüchtete allgemein: In rechten Internetportalen und in Reden auf flüchtlingsfeindlichen Kundgebungen etablierte sich das rechte Schlagwort fortan als Bedrohungssynonym für die von den Rechten abgelehnten Geflüchteten nach dem Motto „Flüchtling = Messermann“.

In Reden unter Gleichgesinnten offenbaren AfD-Politiker ihre Nähe zu den rechtsextremen Verschwörungstheorien

vom „Großen Austausch“. So verweigerte Björn Höcke in seiner Rede auf der Pegida-Demonstration am 14. Mai 2018 in Dresden in populistischem Duktus „dem Islam als Okkupationsmacht, als Besatzungsmacht den Zutritt nach Europa und nach Deutschland.“⁷¹ In seinen in Buchform veröffentlichten Gesprächen mit Sebastian Henning verdeutlichte die Gallionsfigur des rechten Flügels in der AfD seine völkisch-nationalistischen Aufstandsvorstellungen: So hielt Höcke darin einen neuen „Karl Martell vonnöten, um Europa zu retten“. Um das „inhumane Projekt einer Migrationsgesellschaft zu stoppen“, sei die „Strategie der ‚gallischen Dörfer‘“ eine „strategische Option“. Die „Re-Tribalisierung im Zuge des multikulturellen Umbaus“ werde so „zu einer Auffangstellung und einer neuen Keimzelle des Volkes“. Diese könne „eine neue Ausfallstellung werden, von der eine Rückeroberung ihren Ausgang nimmt“. Dazu müsse „eine neue politische Führung“ laut Höcke „schwere moralische Spannungen“ aushalten. Denn sie sei „den Interessen der autochthonen Bevölkerung verpflichtet“ und müsse daher „aller Voraussicht nach Maßnahmen ergreifen, die ihrem eigenen moralischen Empfinden zuwider laufen“. Als solche Maßnahme sieht Höcke „ein großangelegtes Remigrationsprojekt an“, bei dem sich „menschliche Härten und unschöne Szenen nicht immer vermeiden lassen werden“.⁷² Hier offenbaren sich rassistisch grundierte Säuberungsphantasien, deren Sprachduktus und Inhalt Erinnerungen wachrufen an das, was der Philologe Victor Klemperer 1947 als *Lingua Tertii Imperii*, als die Sprache des Dritten Reiches bezeichnet und analysiert hat.⁷³

Laut Medienberichten sehen die Verfassungsschutzbehörden hinsichtlich möglicher verfassungsfeindlicher Bestrebungen in der AfD die Frage nach deren tatsächlichen Bestreben zur Beschneidung des Rechts auf freie Selbstentfaltung, auf

Religionsausübung und Mitwirkung am politischen Entscheidungsprozess für Angehörige bestimmter Bevölkerungsgruppen als ein relevantes Kriterium für eine mögliche Einstufung als verfassungsfeindliches Bestreben an. Nahezu wie eine nachträgliche Bestätigung der geheimdienstlichen Verdachtsäußerungen klingen die Aussagen des AfD-Politikers Nicolaus Fest, ehemaliger Redakteur der Bild-Zeitung, hinsichtlich der Maßnahmen des Verfassungsschutzes: „Während also die Menschenwürde und das Leben und die körperliche Unversehrtheit der Deutschen gar nichts zählt, erklärt der Verfassungsschutz ausgerechnet die Partei zum Prüffall, die als einzige jede alltägliche und allgegenwärtige Bedrohung durch den Islam klar benennt.“⁷⁴ Solche Äußerungen bestätigen geradezu die aufgeführte Problematik, Menschen bestimmten Glaubens die Zugehörigkeit zu den „Deutschen“ abzusprechen, also die Verweigerung ihrer Anerkennung als deutsche Staatsbürger.



4. Schlussbemerkungen

Aktuell vollziehen sich auf dem politisch rechten Feld gefährliche Entwicklungen. Die Muslimfeindlichkeit stellt eine hinsichtlich ihrer Wirkungsmächtigkeit gefährliche Mobilisierungsressource im Rechtsaußenspektrum dar. Die Wahlerfolge der AfD sind Ausdruck einer fortschreitenden Rechtsentwicklung, die im Kontext der aktuellen Flüchtlings- und Islamdebatten zu einer wachsenden Polarisierung und Verrohung der politischen Kultur geführt haben. Die AfD nimmt dabei zunehmend die Rolle eines politischen Zugpferds ein und setzt auf eine emotionalisierte Politik der Feindbilder: Die Einwanderer, der Islam und die sogenannten Alt-Parteien dienen der rechten Propaganda als wirkungsmächtige Sinnbilder einer angeblich volksfeindlichen Politik, gegen die in völkisch-nationalistischer Stoßrichtung zum Aufstand mobilisiert wird. Diese besorgniserregende Entwicklung geht einher mit einer drohenden „Normalisierung“ muslimfeindlicher und rassistischer Artikulationsformen. Durch die verstärkte Präsenz derartiger Positionierungen im öffentlichen und medialen Diskurs verschieben sich die Grenzen des Sagbaren – Diskriminierung wird hierbei nicht nur von rechten politischen Aktivisten als angeblicher Ausdruck von Meinungsfreiheit verkauft. Je mehr der Rassismus kulturell und religiös verklausuliert wird, desto anschlussfähiger scheint er zu werden. Das negative Sprechen über Muslime droht zudem Normalität zu werden: Muslimfeindlichkeit erscheint

als ein neuer kultureller Code für Problemdebatten um Integration, Kultur und gesellschaftlichen Frieden – im allgemeinen Sprechen über Kultur erscheinen Muslime zunehmend als bedrohlicher Widerpart. Floris Biskamp nennt dies treffend ein Sprechen über Kultur unter systematisch verzerrten Kommunikationsbedingungen.⁷⁵

Um zu verhindern, dass Muslime vermehrt gesellschaftlich ausgeschlossen und zur Zielscheibe von rassistischen und diskriminierenden Anfeindungen werden, muss die grassierende Muslimfeindlichkeit deutlicher als bislang geschehen als Gefahr für das gesellschaftliche Zusammenleben erkannt werden. Dies erfordert die Herstellung von erhöhter öffentlicher Aufmerksamkeit für diese wachsende Form gesellschaftlicher Diskriminierung. Zudem muss dem antimuslimischen Populismus in Politik und Zivilgesellschaft entschiedener als bisher widersprochen werden. Im wissenschafts- und bildungspolitischen Bereich bedarf es der Weiterentwicklung problemorientierter Forschungs-, Handlungs- und Vorbeugungskonzepte.

Fußnoten

- 1 Vgl. Häusler, Alexander (Hrsg.): Völkisch-autoritärer Populismus. Der Rechtsruck in Deutschland und die AfD, Hamburg 2018.
- 2 Die folgenden Ausführungen basieren in Teilen auf von mir bereits veröffentlichten Vorarbeiten, hier besonders „Feindbild Moslem: Türöffner von Rechtsaußen hinein in die Mitte?“, in: Botsch, Gideon / Glöckner, Olaf / Kopke, Christoph / Spieker, Michael (Hrsg.): Islamophobie und Antisemitismus – ein umstrittener Vergleich, Berlin/Boston, S.169-190; „Muslimfeindlichkeit als rechtsextremes Einfallstor“ vom 17.03.2014, unter www.bpb.de/politik/extremismus/rechts-extremismus/180773/muslimfeindlichkeit-als-rechtsextremes-einfallstor (abgerufen am 06.02.2019) und „AfD, Pegida & Co. Die Formierung einer muslimfeindlichen rechten Bewegung“, in: Antes, Peter/Ceylan, Rauf (Hrsg.): Muslime in Deutschland. Historische Bestandsaufnahme, aktuelle Entwicklungen und zukünftige Forschungsfragen, Wiesbaden 2017, S.59-76.
- 3 Vgl. exemplarisch: Runnymede Trust (Hrsg.): Islamophobia: A Challenge for Us All, London 1997; Council on American-Islamic Relations (CAIR): Islamophobia reports, 2009-2012, unter www.cair.com/islamophobia/islamophobia-reports-other-documents.html (abgerufen am 20.12.2013); Allen, Chris: Islamophobia, Farnham 2010; Hafez, Farid (Hrsg.): Jahrbuch für Islamophobieforschung, Wien 2013 ff.
- 4 Bielefeldt, Heiner: „Das Islambild in Deutschland“, in: Schneiders, Thorsten Gerald (Hrsg.): Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen, Wiesbaden 2009, S.182.
- 5 Ebd., S.184
- 6 Zick, Andreas / Krause, Daniela / Berghan, Wilhelm / Küpper, Beate (2016): „Elemente des Syndroms Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“, in: Ders. / Küpper, Beate / Krause, Daniela: Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016, hrsg. für die Friedrich Ebert Stiftung von Ralf Melzer, Bonn 2016, S.39.

- 7 Vgl. Decker, Frank: „Demokratischer Populismus und/oder populistische Demokratie? Bemerkungen zu einem schwierigen Verhältnis“, in: Hartleb, Florian/Wielenga, Frieso (Hrsg.): Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich, Münster 2011, S.40; Faber, Richard/Unger, Frank (Hrsg.): Populismus in Geschichte und Gegenwart, Würzburg 2008, S.224; Priester, Karin (2012): „Wesensmerkmale des Populismus“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 5–6/2012, S.3–9.
- 8 Geden, Oliver: Rechtspopulismus. Funktionslogiken – Gelegenheitsstrukturen – Gegenstrategien, SWP-Studie 17, Berlin 2007, S. 8.
- 9 Müller, Jan-Werner: Was ist Populismus? Ein Essay, Berlin 2016, S.26 ff.
- 10 Priester, Karin: „Rechtspopulismus – ein umstrittenes theoretisches und politisches Phänomen“, in: Virchow, Fabian/Langebach, Martin/Häusler, Alexander (Hrsg.): Handbuch Rechtsextremismus, Wiesbaden 2016, S.537.
- 11 Priester, Karin: Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon, Frankfurt/New York 2012, S.186.
- 12 Wodak, Ruth: Politik mit der Angst. Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse, Wien 2016, S.18.
- 13 Camus, Jean-Yves: „Neue Aspekte der radikalen Rechten“, in: transform! Europäische Zeitschrift für kritisches Denken und politischen Dialog, Nr. 8/2011, S.94.
- 14 Balibar, Etienne: „Gibt es einen ‚Neo-Rassismus?‘“, in: ders./Wallerstein, Immanuel: Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten, Hamburg/Berlin 1990, S.28.
- 15 Hall, Stewart: Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2, Hamburg 1990, S.207.
- 16 Taguieff, Pierre-Andre: „Die ideologischen Metamorphosen des Rassismus und die Krise des Antirassismus“, in: Bielefeld, Ulrich (Hrsg.): Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der alten Welt?, Hamburg 1998, S.243.

- 17 Siehe Eichberg, Henning: Nationale Identität. Entfremdung und nationale Frage in der Industriegesellschaft, München 1978, S.8.
- 18 Ebd., S.13
- 19 Çakır, Naime: Islamfeindlichkeit. Anatomie eines Feindbildes in Deutschland, Bielefeld 2014, S.211 f.
- 20 Vgl. Mallmann, Klaus-Michael/Cüppers, Martin: Halbmond und Hakenkreuz. Das Dritte Reich, die Araber und Palästina, Frankfurt 2011, S.63–67.
- 21 Siehe dazu: Kiefer, Michael: Antisemitismus und Migration, Berlin 2017.
- 22 Attia, Iman: Die „westliche Kultur“ und ihr Anderes. Zur Dekonstruktion von Orientalismus und antimuslimischem Rassismus, Bielefeld 2009, S.151.
- 23 Hund, Wulf D.: Rassismus, Bielefeld 2007, S.10.
- 24 Koppetsch, Cornelia: „Aufstand der Etablierten?“ vom 12.04.2017, in: Soziopolis online, unter <https://soziopolis.de/beobachten/kultur/artikel/aufstand-der-etablierten/> (abgerufen am 06.02.2019).
- 25 Vgl. Decker, Frank: Der neue Rechtspopulismus, Opladen 2004, S. 97–107.
- 26 Dewinter, Filip: Inch'Allah? Die Islamisierung Europas, Graz 2010, S.244.
- 27 Häusler, Alexander: „Antiislamischer Populismus als rechtes Wahlkampfticket“, in: ders. (Hrsg.): Rechtspopulismus als Bürgerbewegung. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden 2008, S.155–169.
- 28 Beisicht, Markus: „Wir sind die Stimme der Bürger“. Interview, in: Junge Freiheit, 16.09.2008.
- 29 Klasen, Oliver/Kohlmaier, Matthias: „Warum ein Verbot des Mohammed-Films kaum Chancen hat“, in: Süddeutsche Zeitung, 17.09.2012.

- 30 Stadtkewitz, René: Schreiben an die Mitglieder der Partei „Die Freiheit“, veröffentlicht am 30.09.2013 unter: www.pi-news.net/2013/09/die-freiheit-stellt-bundes-und-landespolitische-vorhaben-zugunsten-der-afd-ein/ (abgerufen am 06.02.2019).
- 31 Bürgerbewegung Pax Europa e.V.: Handreichungen für Moscheebau-Verhinderer, ohne Datum, unter <https://bpeinfo.wordpress.com/moschee-nein-danke/> (abgerufen am 06.02.2019).
- 32 Zitiert nach Lanzke, Alice: „Die Identitären. Ein ernstzunehmendes neues Phänomen oder nur Nebellichter?“, Belltower News vom 8.11.2012, online unter www.belltower.news/die-identitaeren-ein-ernstzunehmendes-neues-phaenomen-oder-nur-nebellichter-35454/ (abgerufen am 06.02.2019).
- 33 Vgl. Bruns, Julian / Glösel, Kathrin / Strobl, Natascha: Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa, Münster 2014.
- 34 Institut für Staatspolitik: Ist der Islam unser Feind? Eine Lageanalyse, Schnellroda 2012, S.34.
- 35 Vgl. Shooman, Yasemin: „Antimuslimischer Rassismus und Islamfeindlichkeit im World Wide Web“, in: Attia, Iman / Häusler, Alexander / Shooman, Yasemin: Antimuslimischer Rassismus am rechten Rand, Münster 2014, S.34–61.
- 36 So Pegida-Organisator Lutz Bachmann in einem Interview mit Johannes Schüller: „Gemeinsam gegen Islamismus“, Blaue Narzisse, online unter www.blauenarzisse.de/index.php/gesichtet/item/4994-gemeinsam-gegen-islamismus (abgerufen am 07.01.2016).
- 37 Vgl. Häusler, Alexander (Hrsg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden 2016.
- 38 „Asyl. Eine politische Bestandsaufnahme – Vortrag beim IfS“, Video vom 12.12.2015, unter www.youtube.com/watch?v=ezTw3ORSqIQ (abgerufen am 06.02.2019).

- 39 zitiert nach: „Von Storch: „Islam nicht mit Grundgesetz vereinbar“, FAZ online vom 17.04.2016, unter: www.faz.net/aktuell/politik/inland/von-storch-islam-nicht-mit-grundgesetz-vereinbar-14182472.html (abgerufen am 06.02.2019).
- 40 „Brandner (AfD) im Gespräch: ‚Moslems sind hier (nur) Gäste‘ – Merkel? ‚Anklagen. Einknasten. So!‘“, Video vom 23.01.2019, unter www.youtube.com/watch?v=5KZpGnrLvoc (abgerufen am 06.02.2019).
- 41 Tillschneider, Hans-Thomas: „Prinzipien alternativer Islampolitik“ vom 31.01.2016, unter www.derfluegel.de/2016/01/31/prinzipien-alternativer-islampolitik-ii/ (abgerufen am 06.02.2019).
- 42 Alternative für Deutschland: Programm für Deutschland, 2016, S. 96-98, online unter www.afd.de/grundsatzprogramm/ (zuletzt abgerufen am 06.02.2019).
- 43 Ebd., S.86, 89–91, 99.
- 44 Kronauer, Jörg: „Die internationalen ‚Counter-Jihad‘-Netzwerke“, in: Häusler, Alexander / Virchow, Fabian (Hrsg.): Neue soziale Bewegung von rechts? Zukunftsängste, Abstieg der Mitte, Ressentiments, Hamburg 2016, S.32–41.
- 45 Ebd., S.37
- 46 Vgl. Pollack, Detlef: Studie „Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt“, Münster 2010, S.5, online unter: www.uni-muenster.de/imperia/md/content/religion_und_politik/aktuelles/2010/12_2010/studie_wahrnehmung_und_akzeptanz_religioeser_vielfalt.pdf S.5 (abgerufen am 06.02.2019).
- 47 Hafez, Kai / Schmidt, Sabrina: Die Wahrnehmung des Islam in Deutschland, Gütersloh 2015.
- 48 Sozialwissenschaftliches Institut der Evangelischen Kirche in Deutschland: Islam und Muslim*innen in Deutschland: Die Sicht der Bevölkerung vom 24.9.2018 unter www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/Islambefragung-SI-EKD-f%3%bcr%2024-09-18.pdf (zuletzt abgerufen am 06.02.2019).

- 49 Brost-Stiftung: Integrationserfahrungen im Ruhrgebiet. Erfolgsfaktoren und Innovationspotenzial, Bonn 2018, S.10, online unter: www.broststiftung.ruhr/wp-content/uploads/2018/01/Abschlusspublikation_Integration_Doppelseiten.pdf (abgerufen am 06.02.2019).
- 50 Köcher, Renate (Institut für Demoskopie Allensbach): „Fremd im eigenen Haus“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.01.2019.
- 51 Fraktion der Alternative für Deutschland (AfD) im Thüringer Landtag (Hrsg.): Der Islam. Fakten und Argumente, Erfurt 2016, S.4 f.
- 52 Ebd., S.120
- 53 Sarrazin, Thilo: Feindliche Übernahme. Wie der Islam den Fortschritt behindert und die Gesellschaft bedroht, München 2018, S. 368.
- 54 Ebd., S.365
- 55 Ebd., S.366
- 56 Ebd., S.386
- 57 Ebd., S.387
- 58 Ebd., S.389
- 59 Ebd., S.424
- 60 Herre, Stefan: „Dankesrede“, in: Bürgerforum. Zeitschrift der Bürgerbewegung Pax Europa e.V. Nr.5 /Juni 2011, S.2.
- 61 Lichtmesz, Martin: Die Verteidigung des Eigenen. Fünf Traktate, Schnellroda 2012, S.76.
- 62 So exemplarisch der Buchtitel von Lichtmesz, a.a.O.
- 63 Homepage der Identitären Bewegung, unter www.identitaere-bewegung.de/kampagnen/grosser-austausch/ (abgerufen am 06.02.2019).
- 64 Camus, Renaud: Revolte gegen den Großen Austausch, Schnellroda 2016.
- 65 Camus, Renaud: „Genozid durch ethnischen Austausch: Die Beseitigung der Europäer. Marseiller Rede vom 30. Juni 2018“, in: Tumult. Vierteljahrszeitschrift für Konsensstörung, Winter 2018/19, S.53 ff.

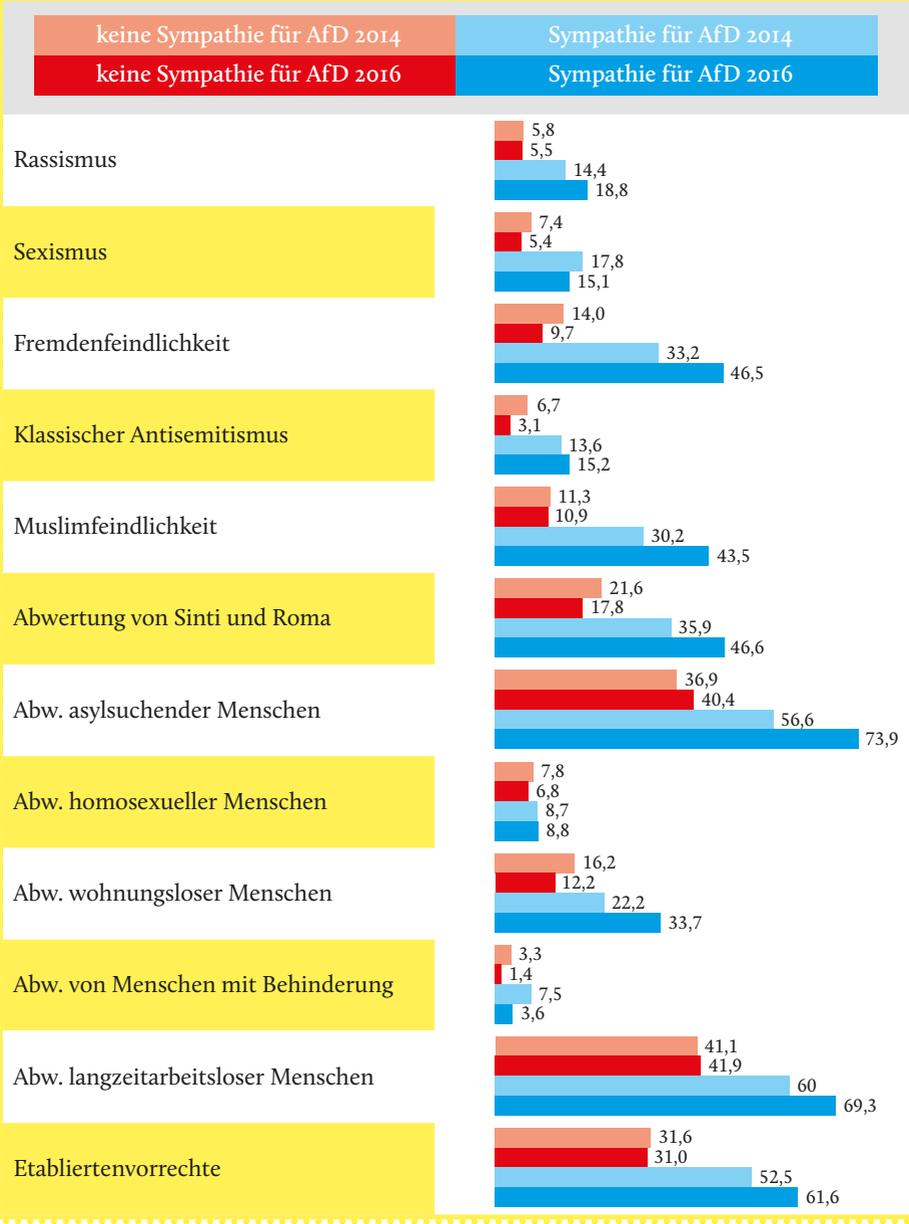
- 66 Curio, Gottfried: „Rede von Gottfried Curio in Kirchhain“, Video vom 04.10.2018, unter www.youtube.com/watch?v=RZ03b1xU6JQ (abgerufen am 06.02.2019)
- 67 Osel, Johann: „Wahlkampf in Bayern. Die AfD will mit den Kirchen brechen“, Süddeutsche Zeitung online vom 17.07.2018, unter www.sueddeutsche.de/bayern/wahlkampf-in-bayern-die-afd-will-mit-den-kirchen-brechen-1.4056494 (abgerufen am 06.02.2019).
- 68 Gauland, Alexander: „Alexander Gauland spricht bei der AfD Großdemo in Berlin am 27. Mai 2018 vor dem Brandenburger Tor“, Video vom 27.05.2019, unter https://www.youtube.com/watch?v=__u8o_HglTM (zuletzt abgerufen am 06.02.2019).
- 69 von Storch, Beatrix: „Beatrix von Storch (AfD) - Rede zur AfD-Demo "Zukunft Deutschland" am 27.05.2018“, Video vom 27.05.2019, unter www.youtube.com/watch?v=j6R1REhV8BQ (abgerufen am 06.02.2019).
- 70 Weidel, Alice: „Bundestagsdebatte 16.05.2018 - Dr. Alice Weidel“, Video vom 16.05.2018, unter www.youtube.com/watch?v=jQQKvHdUDQY (abgerufen am 06.02.2019).
- 71 Höcke, Björn: „PEGIDA Dresden 14.05.2018 Sensationelle Rede von Björn Höcke AfD. Weil Heimat nicht nur ein Wort ist“, Video vom am 14.05.2018, unter www.youtube.com/watch?v=JlmPcdK83wc (abgerufen am 06.02.2019).
- 72 Höcke, Björn: Nie zweimal in denselben Fluss. Björn Höcke im Gespräch mit Sebastian Henning, Lüdinghausen/Berlin 2018, 252 ff.
- 73 Klemperer, Victor: LTI. Notizbuch eines Philologen, Berlin 1947.
- 74 Fest, Nicolaus: „Nicolaus Fest zum Verfassungsschutz als Schwert und Schild der Regierung“, Video vom 19.01.2019, unter www.youtube.com/watch?v=RYOtE-MpuhE (abgerufen am 02.06.2019).
- 75 Biskamp, Floris: Orientalismus und demokratische Öffentlichkeit. Antimuslimischer Rassismus aus Sicht postkolonialer und neuerer kritischer Theorie, Bielefeld 2016, S.391.

Zustimmung zu den Facetten Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit
in Deutschland und differenziert nach Ost- und West (Angaben in Prozent)

	Gesamt (n = 1.896)	West (n = 1.496)	Ost (n = 317)
Rassismus	8,7	8,0	8,8
Sexismus	8,7	8,5	7,1
Fremdenfeindlichkeit***	19,0	16,8	28,8
Klassischer Antisemitismus	5,8	5,3	7,2
Muslimfeindlichkeit**	18,3	16,8	23,9
Abwertung von Sinti und Roma***	24,9	22,7	33,6
Abw. asylsuchender Menschen***	49,5	46,9	60,0
Abw. homosexueller Menschen	9,7	9,3	6,7
Abw. von Trans* Menschen	12,5	12,0	11,1
Abw. wohnungsloser Menschen**	18	15,4	27,2
Abw. von Menschen mit Behinderung	1,8	1,4	3,6
Abw. langzeitarbeitsloser Menschen	49,3	48,3	51,6
Etabliertenvorrechte**	38,8	37,5	47,7

Legende: * $p \leq .05$; ** $p \leq .01$; *** $p \leq .001$. Die Angaben zur Signifikanz beziehen sich auf Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen.

Zustimmung zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Abhängigkeit der Sympathie mit der AfD in 2014 und 2016 (Angaben in Prozent)



Alexander Häusler, geb. 1963, ist Sozialwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus / Neonazismus der Hochschule Düsseldorf (www.forena.de). Gemeinsam mit Fabian Virchow ist er Herausgeber der Edition Rechtsextremismus bei Springer vs.

~

In der Publikationsreihe *Bausteine* werden von Wissenschaftler*innen, Pädagog*innen und Publizist*innen pädagogische und gesellschaftspolitische Aspekte der Frage diskutiert, wie eine dem Schutz der Würde aller Menschen verpflichtete Schule verwirklicht werden kann.

~

Genderneutral – ja oder nein?

Wir überlassen es den Schreibenden, ob sie in ihren Artikeln von Lehrern, Lehrer_innen, Lehrer*innen, LehrerInnen oder von Lehrerinnen und Lehrern sprechen. So viel Freiheit und Vielfalt muss sein.

Impressum

© Aktion Courage e.V.
Berlin 2019

Erste Auflage 2019

Herausgegeben durch die Bundeskoordination
Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage,
in der Trägerschaft des Aktion Courage e.V.

Jede Verwertung ist ohne Zustimmung von Aktion Courage e.V. unzulässig.
Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Mikroverfilmungen,
Übersetzungen und die Einspeicherung in elektronische Systeme.

ISBN 978-3-933247-73-5

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*



Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/die Autorin bzw. tragen die Autoren/die Autorinnen die Verantwortung.